



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 27. Januar 2011

Datum: 25. Januar 2011

Nummer: 2011-021

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Mündliche Anfragen

für die Landratssitzung vom 27. Januar 2011

Vom 25. Januar 2011

1. Marie-Theres Beeler: Bedarfsplanung Alters- und Pflegeheime

Zurzeit werden in vielen Gemeinden des Kantons Alters- und Pflegeheime umgebaut und erweitert (Muttenz, Ormalingen etc.). Dabei gewährt der Kanton Investitionsbeiträge in der Höhe vom CHF 200'000.- für jedes neu geschaffene Bett. Es stellt sich die Frage, ob diesem Effort geeignete Bedarfsabklärungen zugrunde liegen, die dem Grundsatz "ambulant vor stationär" gerecht werden.

Fragen:

1. Gibt es im Kanton Baselland neben der "Bestätigung der Gemeinden über die geplante Bettenzahl" (Verordnung über das Gesetz für die Betreuung und Pflege im Alter) bei einer Gesuchseingabe weitere Instrumente im Hinblick auf eine kantonal koordinierte Bedarfsabklärung?
2. Wie wird bei der Bedarfsabklärung die Höhe der Pflegekosten einbezogen, die den BewohnerInnen zustehen?

2. Patrick Schäfli: Kulturengagement der Basellandschaftlichen Kantonalbank

In der Vorlage der Regierung zur Erhöhung der Theatersubventionen an Basel-Stadt ist u.a. erwähnt, dass die Basellandschaftliche Kantonalbank BLKB als 100%ige Staatsbank bisher namhafte Beiträge ans Ballett des Theater Basel entrichtet. Da der Landrat die Oberaufsicht über die Kantonalbank hat, bitte ich im Sinne der Transparenz um Beantwortung der folgenden

Fragen:

1. Welche Beträge hat die Basellandschaftliche Kantonalbank bisher pro Jahr an das Theater Basel bzw. an dessen Ballett entrichtet?
2. Seit wann besteht dieses Engagement zugunsten des Theater Basel?
3. Sind allfällige Erhöhungen bzw. Veränderungen des Beitrags der BLKB ans Theater Basel geplant?
4. Ist es so, dass die Basellandschaftliche Kantonalbank der grösste Sponsor des Theater Basel bzw. des dortigen Balletts ist?
5. Erfordert das Kulturengagement der BLKB ans Thea-

ter Basel jeweils ein Beschluss des Bankrates oder nur des Managements?

3. Sara Fritz: Stipendien für SchülerInnen der FMS für die Zeit des Erlangens der Fachmaturität

Das Fachmaturitätszeugnis kann in den Berufsfeldern Pädagogik (P), Gesundheit (G), Soziales (S) und Kunst (K) erworben werden und berechtigt zum Studium an der Fachhochschule. Dafür muss nach dem Erwerb des Fachmittelschul-Ausweises (=Abschluss der 3-jährigen FMS) je nach Berufsfeld ein (entlohntes) Praktikum, ein Vorkurs oder eine zusätzliche Ausbildung mit Prüfung (für FHP) absolviert werden. In jedem Fall gehört dazu das Verfassen einer Fachmaturitätsarbeit im gewählten Berufsfeld, die auch mündlich präsentiert werden muss. Nach heutiger Praxis werden vom Amt für Ausbildungsbeiträge BL SchülerInnen der FMS für die Zeit des Erlangens des Fachmaturitätszeugnisses keine Stipendien ausbezahlt. Dies ist insbesondere beim Berufsfeld Pädagogik, bei welchem während eines Semesters der Fachmaturitätskurs Pädagogik mit Abschlussprüfung absolviert werden muss, nicht nachvollziehbar.

Fragen:

1. Ist der Regierung diese Problematik bekannt?
2. Gibt es Erhebungen, wie viele SchülerInnen von dieser Problematik betroffen sind?
3. Ist die Regierung bereit, Stipendienbeiträge zukünftig auch für die Zeit des Erlangens des Fachmaturitätszeugnisses zu gewähren?

4. Thomas de Courten: SNB-Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2011

Mit meiner Interpellation [2010/232](#) habe ich mich nach den finanziellen Auswirkungen für den Kanton Baselland aus den Euro-Stützungskäufen der schweizerischen Nationalbank (SNB) erkundigt. In seiner [Antwort](#) vom 21. September 2010 ging der Regierungsrat noch davon aus, dass die jährliche SNB-Ausschüttung an die Kantone (für den Kanton BL rund 58 Mio. Franken) „für die nahe Zukunft“ gewährleistet sein sollte.

Mittlerweile kündigt die SNB für das Jahr 2010 einen Jahresverlust von 21 Mia. an. Für die Kantone bedeutet dies, dass die SNB-Gewinnausschüttung lediglich noch für das Jahr 2010 gewährleistet bleibt. Bereits für das Geschäftsjahr 2011 schliesst die SNB nicht aus, dass die Gewinnausschüttung an die Kantone vollständig ausgesetzt wird. Zudem soll die bisherige Grundlage der SNB-Gewinnausschüttung, die sogenannte Ausschüttungsvereinbarung 2008-2017, überprüft werden, wodurch auch auf mittlere bis lange Sicht mit reduzierten oder gar keinen SNB-Gewinnausschüttungen mehr zu rechnen ist.

Fragen:

1. Aufgrund der neuen Ausgangslage frage ich den Regierungsrat, ob die Beantwortung meiner Interpellation heute noch gleich ausfallen würde wie im September 2010, zudem
2. Mit welchen Konsequenzen rechnet der Regierungsrat bezüglich künftiger SNB-Gewinnausschüttungen für den Kanton Baselland?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat aus seiner Sicht die umstrittene Währungsstützungspolitik der SNB?
4. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, dass auch die kantonalen Interessen des Baselbiets in die Neuverhandlung der Ausschüttungsvereinbarung zwischen dem eidgenössischen Finanzdepartement und der SNB einfließen

-
5. **Klaus Kirchmayr: Sitzverlegung Firma Solvatec**
Ende 2010 hat die in Muttenz domizilierte Firma SOLVATEC, welche sich auf die Projektierung und Installation von Photovoltaikanlagen spezialisiert hat, ihren Firmensitz von Muttenz nach Basel verlegt. Bei SOLVATEC handelt es sich um eine der grösseren Firmen in der Schweiz, welche in diesem Sektor tätig ist. Der Firmeneigentümer hat öffentlich das "wirtschafts- und innovations-feindliche" Klima des Kantons, speziell für seine Branche, beklagt. Dies sei im Nachbarkanton deutlich besser, wo Wirtschaft, Gewerbe, Verwaltung und Politik an einem Strang ziehen würden.

Fragen:

1. War sich die Regierung der Unzufriedenheit der Firma Solvatec bewusst und was wurde dagegen unternommen?
2. Was unternimmt die Regierung um zukünftig die Abwanderung von innovativen Unternehmen zu verhindern?
3. In der vor kurzem neu veröffentlichten regionalen Wirtschaftsstudie (Füegg-Studie) wird ersichtlich, dass das Wertschöpfungswachstum im Kanton BL deutlich geringer ist als im Rest der Region. Welche Gründe sieht die Regierung für diese Entwicklung?

-
6. **Pia Fankhauser: Entwicklung von e-health**
Der Regierungsrat plant die Auslagerung der Kantonsspitäler. Erforderlich dafür ist eine gewisse "Fit-

ness" der Spitäler. Im Jahresprogramm 2008-11 wurde unter 3.09.03 (Kantonsspital Bruderholz) der schrittweise Ausbau der elektronischen Patientenakte geplant. Im Jahresprogramm 2011 unter 3.09.08 noch kurz erwähnt, findet dieser Punkt keine Erwähnung beim KS Laufen und Liestal.

Fragen:

1. Wurde zusammen mit dem Kantonsspital Bruderholz eine elektronische Patientenakte entwickelt?
2. Wo steht der Kanton Baselland bei der Entwicklung von e-Health?
3. Wird die Auslagerung und die Zusammenlegung der Kantonsspitäler die Entwicklung von e-Health beeinflussen?
4. Wenn ja, in welcher Art?
5. Wie sieht die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt aus?

7. Pia Fankhauser: Pflegefinanzierung

Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner haben nun die ersten Rechnungen erhalten. Es kommt teilweise zu massiven Erhöhungen der Preise, obwohl in den Modellrechnungen immer von Senkungen die Rede war.

Fragen:

1. Hat die Zeiterfassung zur Abgrenzung von Pflege/Betreuung/Administration schon begonnen?
2. Wann sind die Resultate zu erwarten und wie werden sie kommuniziert?
3. Hat der Regierungsrat Kenntnis von Beschwerden, die die Rechnungen betreffen?
4. Wo und wie können Heimbewohnerinnen und -bewohner bzw. ihre Angehörige Beschwerde einreichen (Adresse)?
5. Was geschieht mit den Rechnungen bis zur Beurteilung der Beschwerden?
6. Beabsichtigt der Kanton Rückstellungen für evtl. Rückzahlungen zu machen?

8. Elisabeth Augstburger: Definition "behindert" im Kanton BL

Im Zusammenhang mit Verhandlungen einer Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Landschaft (vertreten durch die Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe) und der Stiftung Mosaik zeigte sich, dass der Kanton Basel-Landschaft "behindert" anders definiert als der Bund.

Für das BSV sind alle Personen beitragsberechtigt, welche Anspruch auf eine Rente der IV oder eine andere IV Leistung (Taggeld, Hilfsmittel, berufliche Massnahmen etc.) haben (dies sogar rückwirkend auf die letzten 10 Jahre bezogen).

Die gesetzliche Grundlage für die Beratung Behinderten ist im Kanton Basel-Landschaft die Verordnung der Behindertenhilfe. Diese definiert die behinderten Erwachsenen abschliessend im §2. Abs. 1

als: volljährige Personen, welche gemäss ATSG als invalid gelten und eine Rente der Invalidenversicherung beziehen.

Die aktuelle Formulierung von § 2 der Verordnung über die Behindertenhilfe schliesst damit all diejenigen Behinderten von kantonalen Beiträgen aus, welche keine Rente der IV, aber sonstige Leistungen der IV beziehen.

Fragen:

1. Warum hat der Kanton Baselland in der Verordnung über die Behindertenhilfe eine so enge Definition für "behindert" gewählt und nicht diejenige des Bundes übernommen?
 2. Wäre der Regierungsrat bereits, diese Verordnung wieder abzuändern analog Bund?
-

9. H.J. Ringgenberg, SVP-Fraktion: Sicherheit an Fussgängerstreifen

Aufgrund entsprechender Meldungen besteht der Eindruck, dass Unfälle auf Fussgängerstreifen zunehmen.

Fragen:

1. Stimmt diese Wahrnehmung mit der Realität überein?
 2. Wenn ja, was sind die Gründe dafür ?
 3. Wäre zur Behebung allfälliger Sicherheitsmängel nicht die Wiedereinführung des Handzeichens angebracht ?
 4. Sind andere Massnahmen nötig oder geplant ?
-

10. Isaac Reber: Warum kommt das Sparpaket erst jetzt?

Bei der Baselbieter Bevölkerung besteht eine grosse Verunsicherung bezüglich des angekündigten Sparpakets, welches nun Ende März offengelegt werden soll.

Die Grüne Fraktion hat bereits 2008 und 2009 die Rückweisung der unbefriedigenden Budgets beantragt und mit einer im Dezember 2009 publizierten Analyse aufgezeigt, dass der Baselbieter Finanzhaushalt ein massives strukturelles Finanzproblem aufweist, das sich auch bei besserer Konjunktur nicht von alleine löst. Dieser Sachverhalt hat sich mittlerweile nicht nur bestätigt, sondern stark akzentuiert.

Frage:

Weshalb hat die Baselbieter Regierung nicht schon früher damit begonnen, ein Sparpaket zu knüpfen?
